

behaupten – haben fast alle Wehrpflichtigen (92 Prozent) „negative Erfahrungen“ gesammelt. Nur acht Prozent der zwischen Mai 1989 und April 1990 befragten Soldaten sind mit ihren „Arbeitsbedingungen sehr zufrieden“; nur knapp ein Viertel halte die Ausbildung für „gut oder sehr gut“.

Wehrpflichtige „sehen den Wehrdienst mehrheitlich als sinnlos an“, so die Analyse des Streitkräfteamtes. Aber gerade sie seien eine „wichtige Multiplikatorengruppe“: Die Soldaten prägen mit ihren Erzählungen im Freundeskreis das Bild der Streitkräfte in der Öffentlichkeit.

Auswirkungen der schlechten Stimmung sind bereits zu spüren. Seit Aufstellung der Bundeswehr im Jahre 1955 gab es noch nie

▷so viele Beschwerden beim Wehrbeauftragten wie im vorigen Jahr (über 10 000);

▷so viele Anträge auf Zurückstellung vom Wehrdienst wie Anfang dieses Jahres. Diese Zahl wird in den kommenden Wochen rasch wachsen, weil vom nächsten Jahr an die Wehrpflichtigen statt 15 nur noch 12 Monate dienen sollen;

▷so viele Kriegsdienstverweigerer wie 1989 (77 432);

▷so viele Reservisten, die eine Aufforderung zu Wehrübungen ignorierten.

Bei der letzten Mobilmachungsübung, klagte Generalmajor Manfred Gerber, Chef der 10. Panzerdivision, dem Generalinspekteur, seien nur „eben 50 Prozent“ der angeforderten Reservisten angetreten. Nach den schlechten Erfahrungen beim Kommiß halten sie es mit dem Motto: „Nie wieder!“ Nur bescheidene 4 Prozent würden „gern“ eine Wehrübung ableisten.

Die Ex-Soldaten wollen – wie die jungen Rekruten – nicht mehr an Kriegsspielen teilnehmen gegen einen Feind, den es in ihren Augen nicht mehr gibt. Immer häufiger fragen die Soldaten ihre Vorgesetzten, was der ganze Aufwand eigentlich noch solle.

Große Probleme hat die Bundeswehr inzwischen auch mit dem Nachwuchs. „Noch“, redete Generalinspekteur Wellershoff die Situation schön, „gibt es keine kritische Lage.“ Doch das stimmt nicht. Immer weniger junge Männer sind bereit, für mehrere Jahre oder gar auf Lebenszeit eine Uniform anzuziehen.

In einer Vorlage für den Bundessicherheitsrat, einem stets geheim tagenden Ausschuss des Bundeskabinetts, ist nachzulesen, daß das „Bewerberaufkommen“ für die Laufbahn der Unteroffiziere oder Mannschaften im vergangenen Jahr um jeweils ein Drittel gesunken ist, bei den besser besoldeten Offizieren um fast 20 Prozent.

Um Soldaten anzuwerben, argumentieren Wellershoff und sein Dienstherr Gerhard Stoltenberg, seien nun schnell neue finanzielle Anreize notwendig. Doch daraus wird wohl nichts. Anfang vergangener Woche teilte CSU-Finanzminister Theo Waigel seinem Vorgänger Stoltenberg mit, er müsse 1991 mit 52,6 Milliarden Mark auskommen – 2,5 Milliarden weniger, als Stoltenberg im Frühjahr bei Helmut Kohl beantragt hatte.

Presse

Mauer im Kopf

Ein Streit um die Bewältigung der Stasi-Vergangenheit in der DDR spaltet die linksalternative Tageszeitung.

Auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz fuhr am Montag letzter Woche ein VW Golf und ein Renault R5 aus West-Berlin vor, die bald von einer diskutierenden Menschenmenge umringt waren. Aus dem Kofferraum der Autos wurden Extrablätter der linksalternativen Tageszeitung (*taz*) verteilt, in denen die Empfänger suchend oder fluchend blätterten. Nach einer Stunde waren 4000 Exemplare weg.

Der 20seitige „Sonderdruck“ der *taz* enthielt die Anschriften aller 9251 Wohnungen, Häuser und Dienstgebäude in der DDR, die der Kommission zur Auflösung des Ministeriums für Staatssi-

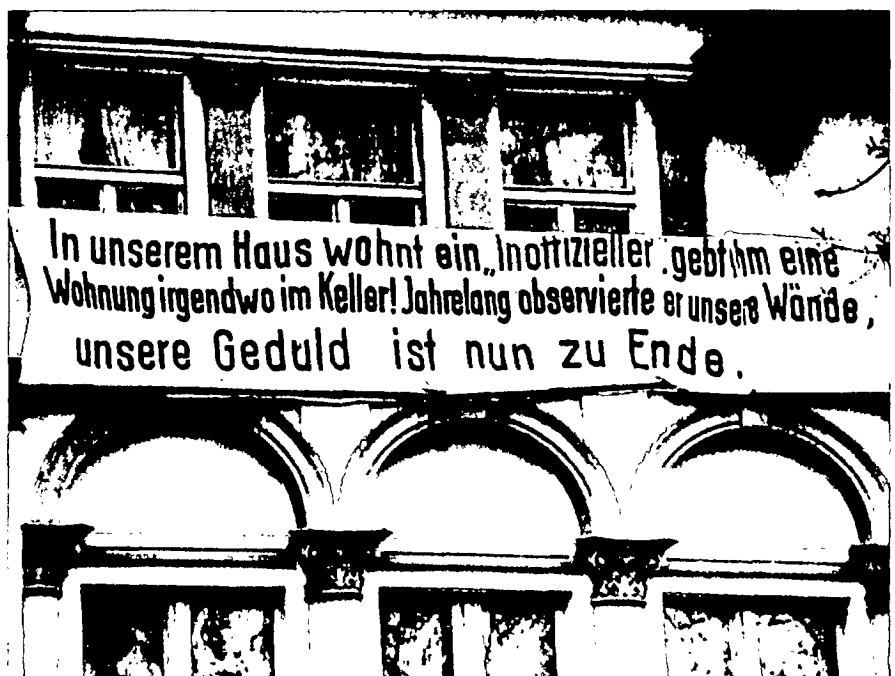
cherheit (MfS) als – meist getarnte – Stasi-Residenzen gemeldet worden waren. Das „Zeugnis totaler Überwachung“ (*taz*), von dem der Verlag insgesamt 10 000 Exemplare gedruckt hatte, fand reißenden Absatz. Erst zwei Tage später begann die DDR-Ausgabe der *taz* mit dem Abdruck der Liste in drei Folgen.

Verzögert wurde die DDR-Publikation durch einen heftigen Konflikt zwischen den West-Berliner *taz*lern und ihren Ost-Berliner Kollegen. In einer vierstündigen lautstarken Vollversammlung hatten die DDR-Redakteure am Freitag vorletzter Woche gegen die Veröffentlichung der Stasi-Adressen protestiert.

Sie befürchteten, daß die Bewohner der ehemaligen Stasi-Objekte „zum Ziel von Unterstellungen, Verdächtigungen und Gewalttätigkeiten“ werden könnten. Deshalb sollten die Haus- und Wohnungsnummern der konspirativen Adressen geschwärzt werden.

West-*taz*ler hielten das für ein „vorgesobenes Argument“. Andere, denen „das Bedenken einleuchtete“, wie Redakteur Klaus Wolschner, 38, fanden es gleichwohl „politisch falsch, es zum alleinigen Kriterium zu machen“. Kollegin Brigitte Fehrle, 35, sah gleich die ganze antiautoritäre Tradition der *taz* (West-Auflage: 65 000) berührt, denn „mit dem Argument, möglicherweise unbeteiligte Personen schützen zu wollen, operieren die Nachrichtendienste, die Polizei, die Innenverwaltungen“.

In der stürmischen Debatte zeigte sich schnell, daß die Motive für die Ost-West-Spaltung bei der *taz* tatsächlich tiefer reichten als bis zum Daten- und Personenschutz. So vergaloppierten sich



Anti-Stasi-Transparent in der DDR: „Radikale Öffentlichkeit“



taz-Redakteurin Tornow

Redakteur André Meier, 29, und Geschäftsführer Jürgen Kuttner, 32, von der Ost-taz mit dem Einwand, eine „lückenlose Aufarbeitung“ der DDR-Vergangenheit sei zwar geboten, doch könne „uns diese Arbeit nicht von außen abgenommen werden“.

„Ich mische mich ein, wo ich will“, trompetete Brigitte Fehle dagegen, „sonst hätten wir doch auch über Nicaragua nicht berichten können.“ Die Vollversammlung beschloß, gegen die Stimmen der Ost-Kollegen, die Veröffentlichung der Liste in den taz-Ausgaben für die DDR und Berlin. Eine Auseinandersetzung mit der Stasi-Vergangenheit in der DDR, so die Begründung, sei „ohne radikale Öffentlichkeit“ nicht möglich.

Doch am folgenden Sonnabend lief alles ganz anders. Die dreiköpfige Chefredaktion wollte nicht gleich bei der ersten Belastungsprobe einen Bruch mit den DDR-Kollegen riskieren, die ihre Ausgabe (Auflage: 45 000) Ende Februar gestartet haben.

Als Kompromiß entstand der taz-Sonderdruck mit erklärenden Hinweisen auf die „ehemaligen Stasi-Liegenschaften, deren jetzige Bewohner mit dem früheren MfS nichts mehr zu tun haben“. Es folgen die gut 9000 Stasi-Adressen von Adorf, Elsterstraße 60, bis Zwoschwitz, Hausnummer 31, samt einer Erklärung aller Dienst Kürzel, etwa: KWZ HA XVII (Konspirative Wohnung der MfS-Zentrale, Hauptabteilung für Passierscheine/Schleusungen).

In der regulären Montagsausgabe der taz wurde die kostenpflichtige Zusendung des Sonderdrucks auf Bestellung angeboten. Doch damit ging der Zoff von vorne los. taz-Mitgründer Max Thomas Mehr, 36, empörte sich über einen „Putsch am Wochenende“. Ein Redakteurstrupp schnappte sich 4000 Exem-

„Die Herren waren so nett ...“ Politische Aufarbeitung? Stasi-Lösung? die tageszeitung JUNE '90 TAZ SONDERDRUCK

Heimatkunde — die unendlich lange Liste ehemaliger Stasi-Objekte

Das Ministerium für Staatssicherheit war stolz darauf, alljährlich präsent zu sein. Die Adressen-Liste all derjenigen Stasi-Objekte, die der Staatlichen Kommission zur Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit übergeben wurden, zeigt dies eindrucksvoll. Die meisten, die heute in den konspirativen Wohnungen leben, wissen von dem früheren Zweck nichts; einige der Objekte dienen inzwischen sozialen und kulturellen Zwecken. Der taz wurde diese Adressenliste der ehemaligen Stasi-Objekte zugespielt. Nach intensiver Diskussion haben wir uns entschieden, dieses Zeugnis totaler Überwachung zu veröffentlichen und nicht dem Vergessen Vorschub zu leisten. Die Vergegenwärtigung, von wo aus über die Stasi überwacht hat und wie verweben der Apparat der Stasi mit der Gesellschaft war, soll als Material helfen bei der Bearbeitung der Vergangenheit. Dieser perverse Versuch, eine angeblich humane und „sozialistische“ Gesellschaft mit inhumanen Zwangsmitteln aufzubauen, ging nach 40 Jahren im November 1989 gewaltlos zu Ende.

Table with multiple columns containing names and addresses of former Stasi objects, including names like 'Kurt Meier', 'Kurt Meier', 'Kurt Meier' and addresses like '1011 Berlin', '1011 Berlin'.

Stasi-Extrablatt der taz: „Putsch am Wochenende“

plare des Sonderdrucks und verteilte sie gratis auf dem Alexanderplatz. Und abends saß die Vollversammlung wieder lautstark streitend in der Kantine.

Filialchef Kuttner ging zum Angriff über. Die „Partisanenaktion vom Alex“ werde mit einer „Partisanenaktion“ beantwortet, verkündete der einstige DDR-Wehrpflichtige markig. Die der Ost-Redaktion überlassenen 3000 Sonderdrucke seien unter Verschluss gelegt worden.

Die Debatte im taz-Plenum machte deutlich, daß die unterschiedlichen Lebenswelten in West und Ost, von der Schulerziehung bis zur Journalistenausbildung, eine Tendenz zu offensivem Vorgehen hüben und zu defensivem Verhalten drüben gefördert haben. Hinzu kommt, daß die DDR-tazler ihrem „Volk von 16 Millionen Idioten“, wie einer sich ausdrückte, mißtrauen.

West-Redakteurin Petra Bornhöft, 38, spitzte den Konflikt zu, als sie sich bereit erklärte, „in diesem Fall Risiken einzugehen“. Sie berief sich auf andere riskante taz-Veröffentlichungen, etwa eine Liste von Firmen, die am — inzwischen einge-



taz-Manager Kuttner

stellten — Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf beteiligt waren.

Redakteur Mehr hält die Warnungen vor einer Art „Selbstjustiz- und Hooligan-Gesellschaft“ in der DDR für „Hysterie“ von Leuten, in deren Umgebung „vorher nie 'ne Scheibe zu Bruch ging“. So ähnlich sieht das wohl auch der Ost-Berliner Magistrat, der den taz-Sonderdruck in 115 öffentlichen Bibliotheken auslegte.

Chefredakteurin Georga Tornow, 42, hatte schon bei der Gründung der DDR-taz geahnt, daß „wir uns damit deutsch-deutschen Streit ins Haus holen könnten, und genau das ist passiert“. Dazu mag beitragen, daß die Ost-Berlin-Redaktion nicht aus taz-Gewährsleuten der früheren Dissidentenszene besteht — die sind inzwischen alle politisch aktiv —, sondern aus Vertretern der Nach-Wende-Opposition. „Und dazu“, sinniert tazlerin Tornow, „gehört ja auch die frühere Staatspartei.“

DDR-Kenner Wolschner beobachtete eine auffallende Abstinenz von DDR-Journalisten bei „Enthüllungen zur Staatssicherheit“, die „fast ausschließlich von West-Journalisten geleistet wurden“ — oder aber von Oppositionsleuten, die einst aus der Honecker-DDR ausgebürgert wurden.

Einer von ihnen, der frühere Organisator der Jenaer Friedensbewegung und heutige West-Berliner Fernsehjournalist Roland Jahn, 36, plädierte in der Montagsdebatte um die Stasi-Liste für eine Veröffentlichung in der DDR-taz. Er wisse selbst, so Jahn, „wie sehr man zuerst noch gefangen“ sei von den Denkmustern der Agitation und politischen Lenkung in der früheren DDR-Informationspolitik. Seine Forderung an die Ost-Berliner Kollegen: „die Mauer im Kopf abreißen“.